



russlandanalysen.de

RUSSLANDANALYSEN

ZIVILGESELLSCHAFT TSCHETSCHENIEN UND TERROR

- **ANALYSE**
Gegen Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften.
Eva Maria Hinterhuber, Berlin 2
- **KOMMENTAR**
Russlands Zivilgesellschaft und der Staat. Elke Fein, Bremen 5
- **TABELLEN UND GRAPHIKEN ZUM TEXT**
Die russischen Bürger und ihr Staat 6
- **AKTUELL**
Tschetschenien zwischen Wahlmanipulation und Terror. Uwe Halbach, Berlin 9
Chronik: Terroranschläge in Russland 1995–2004 10
- **CHRONIK**
Vom 1. bis zum 8. Juli 2004 12

Zurück aus der Sommerpause

Ab sofort erhalten Sie die Russlandanalysen wieder wie gewohnt jeden Donnerstag abend. Wir hoffen, mit neuem Layout und alter Qualität weiterhin Ihr Interesse zu finden.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder <www.russlandanalysen.de>

Analyse

Gegen Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften: Die Soldatenmütter St. Petersburg erhalten den Aachener Friedenspreis

Eva Maria Hinterhuber, Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin

Zusammenfassung

Der Aachener Friedenspreis ging in diesem Jahr an eine der im Ausland bekanntesten Nichtregierungsorganisationen Russlands: Die unabhängige Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs erhielt am 1. September gemeinsam mit der türkischen Menschenrechtsanwältin Eren Keskin die renommierte Auszeichnung. Die Verleiher des Preises wollen damit den Einsatz der Petersburger Soldatenmütter für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sowie ihren anhaltenden „Widerstand gegen den schmutzigen Krieg in Tschetschenien“ würdigen. Die Aktivitäten der Soldatenmütter vor dem Hintergrund von Menschenrechtsverletzungen in den und durch die russischen Streitkräfte sind Inhalt des vorliegenden Beitrags.

Die ‚gesellschaftliche Bewegung der Soldatenmütter‘, wie die mittlerweile über 100 regionalen Vereinigungen in Russland genannt werden, nahm ihren Anfang im Jahr 1989, als die Lettische Frauenliga erstmals eine Liste von in den Streitkräften gefolterten oder gewaltsam zu Tode gekommenen Wehrdienstleistenden veröffentlicht hatte. In Reaktion darauf begannen Angehörige von Betroffenen Interessensvereinigungen zu gründen, deren Ziel die Verteidigung der Rechte von Wehrpflichtigen, Soldaten und deren Familien war.

Menschenrechtsverletzungen in den russischen Streitkräften

Seit Boris Jelzin im März 1992 die Bildung eines eigenen russischen Verteidigungsministeriums und nationaler Streitkräfte verkündete, hat sich kaum etwas an der Ausgangssituation verändert: Nach Einschätzung des russischen Militärexperten Alexander Golz sind die Streitkräfte in den zwölf Jahren ihres Bestehens „zu einem gewaltigen, wenn nicht zum gravierendsten sozialen und politischen Problem in Russland geworden“. Trotz mehrer Anläufe gelang es ihnen bislang, dringend notwendige Reformen weitgehend abzuwehren. Die innermilitärische Situation ist nach wie vor von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt: Staatlichen Angaben zufolge werden jährlich 20.000 Soldaten von Militärangehörigen verletzt, 800 sogar tödlich, weitere 1200 kommen aufgrund ‚fahrlässigen Handelns‘ um. Die Soldatenmütterorganisationen gehen von einer doppelt so hohen Dunkelziffer aus.

Dieses Ausmaß an Rechtsverletzungen ist bedingt durch ein informelles, neben der offiziellen Kommandohierarchie existierendes, hierarchisches ‚Statussystem‘, der *dedovschchina*, der ‚Herrschaft der Großväter‘. Die russische Praxis von jährlich zwei Einberufungs-

perioden führt bei einer Dienstzeit von zwei Jahren zur Entstehung von vier ihren Militärdienst parallel, aber zeitversetzt, ableistenden Soldatengenerationen. Dadurch wird die Bildung sich gegeneinander abgrenzender Gruppen begünstigt, wo kürzer Dienende von Dienstälteren gewaltsam unterdrückt und systematisch geschunden werden.

Angesichts dieser Situation ist die Zahl der Wehrpflichtigen, die aufgrund gesetzlicher Regelungen eine Befreiung oder Zurückstellung vom Kriegsdienst erhalten oder sich anderweitig der Einberufung entziehen, in den letzten Jahren drastisch gestiegen und geht in die Zehntausende. Ein ziviler Ersatzdienst stellt bis heute keine Alternative dar: Mit 3,5 Jahren ist dieser fast doppelt so lang wie der Militärdienst, zudem ist er ausschließlich in Einrichtungen des Verteidigungsministeriums abzuleisten.

Auf die mangelnde Komplettierung der Sollstärke reagieren die zuständigen Militärbehörden zunehmend mit illegalen Mitteln, sei es Einberufung ohne vorhergehende medizinische Musterung oder außerhalb der Einberufungstermine in Frühjahr und Herbst oder sogar die gewaltsame Rekrutierung von Wehrpflichtigen.

Die Soldatenmütter St. Petersburgs

In Reaktion auf die innermilitärische Situation wurde im Jahr 1992 die Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs gegründet. Die in den Statuten festgehaltenen Nahziele der Organisation sind die „Verteidigung des Lebens, der Gesundheit und bürgerlichen Rechte der Kriegsdienstleistenden, Wehrpflichtigen und Rekruten sowie deren Familienmitglieder, die Hilfeleistung an Familien von Kriegsdienstleistenden, die in der Zeit des tatsächlichen Militärdienstes umgekommen sind oder sich schwere Verletzungen und

Krankheiten zugezogen haben“. Darüber hinaus wollen sie „zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft beitragen“, als deren Aufgabe sie die Kontrolle der staatlichen Institutionen, im konkreten Fall der Streitkräfte, erachten. Angesichts der Diskrepanz zwischen Rechtsnorm und -wirklichkeit streben sie außerdem an, mit ihrer Arbeit einen „Beitrag zur Transformation des russischen Staates zu einem Rechtsstaat, in dem Rechte und Freiheit des Menschen Priorität genießen, [zu] leisten“. Auf einer pragmatischen Ebene befürwortet die NGO eine Reform der Streitkräfte im Sinne der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und ihrer Professionalisierung, darüber hinausgehend betont sie jedoch ihre pazifistische Haltung.

Damit gehören die PetersburgerInnen zu einer Minderheit unter den Soldatenmütterorganisationen: Während sich die Mehrzahl unter Beibehaltung des eigenen Militarismus in ihren Forderungen auf menschenwürdigere Umstände bei der Ableistung des Militärdienstes beschränkt, vertreten nur wenige eine pazifistische Haltung. Diskussionen um diese inhaltlichen Differenzen führen regelmäßig zu Konflikten innerhalb der Soldatenmüttervereinigungen und behindern Kooperationen und Netzbildung. Hinzu kommt die für Russland typische Gruppierung von NGOs um eine charismatische Führungspersonlichkeit, was letztlich auch der Grund auch für eine interne Spaltung der Petersburger Soldatenmütter selbst im vergangenen Jahr gewesen sein dürfte.

Ihren Zielsetzungen entsprechend bietet die Organisation der Soldatenmütter St. Petersburgs kollektive wie individuelle Rechtsberatung und -unterstützung für Kriegsdienstverweigerung bzw. -umgehung und bei Desertion. Deren Inhalte flossen in verschiedene Ratgeber, die mittlerweile russlandweit in Buchform vertrieben werden.

Da sie in Anbetracht der innermilitärischen Situation Desertion nicht als Straftatbestand anerkennt, bemüht sich die Organisation außerdem um den Erhalt einer Überweisung des Betroffenen in ein Militärhospital, um dort eine nachträgliche Frei- oder Zurückstellung von Militärdienst zu erlangen. Bis zur Gerichtsentscheidung stellt sie geheime Unterkünfte und gewährt medizinische, psychologische, materielle und nach Möglichkeit auch finanzielle Hilfestellung.

Angehörigen umgekommener Militärdienstleistender leistet die Organisation Beistand bei der Identifizierung des Toten sowie der Überprüfung der Todesursache und gewährt Unterstützung bei rechtlichen Schritten zur Aufklärung des Vorgefallenen.

Darüber hinaus haben die Soldatenmütter St. Petersburg Zeit ihres Bestehens Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften gesammelt, die sie nicht zuletzt in Form von *shadow reports* an internationale Organisationen weiterreichten, um auf diese Weise Druck auf die russische Regierung auszuüben.

Reaktion auf den Tschetschenienkrieg

Seit dem Beginn des ersten Tschetschenienkriegs 1994 wurde eine Erweiterung des Spektrums an Aktionsformen erforderlich. So erarbeiteten die Soldatenmütter St. Petersburg in Zusammenarbeit mit tschetschenischen NGOs Wegbeschreibungen für Betroffene, die ihre Angehörigen aus dem Kriegsgebiet holen wollten. Darüber hinaus veröffentlichten sie laufend Listen von in Tschetschenien Getöteten, Verletzten, Vermissten, Gefangenen.

Bis heute gehört die Petersburger Soldatenmütterorganisation zu den wenigen Stimmen gegen den andauernden blutigen Konflikt und die offizielle Tschetschenienpolitik. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass es in Russland keine nennenswerte Anti-Kriegs-Bewegung gibt. Für ihre über Jahre hinweg im Stadtzentrum durchgeführte wöchentliche Mahnwache gegen den Krieg in Tschetschenien erhält die Organisation seit kurzem allerdings keine Genehmigung mehr.

Gesellschaftliche Bedeutung

Dies werten die Soldatenmütter als weiteren Ausdruck der selektiven Repression zivilgesellschaftlicher Organisationen durch den Staat. Hierzu zählen außerdem ungerechtfertigte Klagen und die vorübergehende Inhaftierung von MitarbeiterInnen, aber auch Einbrüche und die Entwendung von Personendaten über Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften. In ganz Russland existieren im übrigen staatliche oder staatlich kontrollierte ‚Pseudovereinigungen‘, mittels derer manipulierend in die gesellschaftliche Bewegung insgesamt eingegriffen werden soll.

Neben der Bedeutung der Arbeit der Soldatenmütter St. Petersburgs für das Leben des einzelnen Betroffenen haben sie zentral zur Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften und durch diese beigetragen. Mit ihrer Arbeit fordern sie die noch ausstehende effektive zivile Kontrolle des Militärs ein. Wenn es auch schwierig ist, ihren politischen Einfluss festzumachen, so ist es ihnen, auch über den Umweg über internationale Organisationen, gelungen, Druck auf die verantwortlichen Militärbehörden auszuüben. Zudem leisten sie einen Beitrag

zur Verbreitung der Idee ziviler Konfliktlösung, zumal durch ihren anhaltenden Protest gegen den Krieg in Tschetschenien. Ihr zentrales Verdienst liegt jedoch in ihrer Menschenrechtsarbeit: Dadurch, dass sie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien einfordern, Rechtsalphabetisierung betreiben und, gestützt durch kosten-

losen Rechtsbeistand, die Betroffenen ermutigen, den Rechtsweg zu beschreiten, tragen sie zur Entwicklung des für eine weitergehende Demokratisierung notwendigen sozialen (Rechts-) Bewusstsein bei.

Redaktion: Heiko Pleines

Über die Autorin:

Dip.-Pol. Eva Maria Hinterhuber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Promovendin an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Gender Studies, Dritter-Sektor-Forschung und Transformationsforschung.

Lesetipps:

Hinterhuber, Eva Maria, 1999: Die Soldatenmütter Sankt Petersburg. Zwischen Neotraditionalismus und neuer Widerständigkeit, Münster.

Butenschön, Marianna, 2000: Die „Soldatenmütter von St. Petersburg“. „Schützen wir unsere Söhne“, Bericht des BIOst Nr. 23/2000 (28. August 2000).

Eremitcheva, Galina/Zdravomyslova, Elena, 2001: Die Bewegung der Soldatenmütter – Eine zivilgesellschaftliche Initiative. Der Fall St. Petersburg, in: Martina Ritter (Hg.), Zivilgesellschaft und Gender-Politik in Russland, Frankfurt am Main, 224–248.

Informationen im Internet: www.soldiersmothers.spb.org und www.aachener-friedenspreis.de

Lesetipp:

Die Publikation *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft* ist das erste *Who is Who* der russischen Menschenrechtsbewegung in deutscher Sprache. Das Buch stellt die Situation der Menschenrechte in Russland in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen dar und portraitiert in einem zweiten Teil über zwanzig nichtstaatliche Organisationen aus verschiedenen Regionen des Landes. Darunter sind Gruppen wie Memorial und das Komitee der Soldatenmütter, aber auch in Deutschland weniger bekannte Organisationen.

Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft. Aus dem Russischen von Andrea Gotzes. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 239 S. ISBN 3-9808112-7-1

Schutzgebühr 9 Euro

Bestellen lässt sich das Buch über die Homepage des Deutschen Instituts für Menschenrechte:

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/>

Kommentar

Russlands Zivilgesellschaft und der Staat

Elke Fein, Doktorandin, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die russische Zivilgesellschaft existiert und entwickelt sich. Dass sie sich gleichwohl in vieler Hinsicht noch immer in einem rudimentären Zustand befindet und finanziell weiterhin in erheblichem Maße von ausländischer Unterstützung abhängt, ist neben einer gewiss geringen gesellschaftlichen und politischen Aktivität der russischen Bevölkerung im Vergleich mit westlichen Gesellschaften und einer bürgerliches Engagement nicht eben fördernden politischen Kultur freilich nicht zuletzt auch ein Ergebnis der russischen Politik in den letzten Jahren.

Während der dritte Sektor unter Präsident Boris Jelzin kaum Beachtung fand, hat sein Nachfolger Vladimir Putin zwar immer wieder die Bedeutung einer starken und prosperierenden zivilen oder bürgerlichen Gesellschaft für die Entwicklung und das „Aufblühen“ Russlands betont. Noch in seiner Rede zur zweiten Amtseinführung in diesem Frühjahr sagte er: „Ich bin überzeugt: Die beste Garantie für eine [Fortsetzung der] Wandlungen im Lande ist eine reife bürgerliche Gesellschaft.“ Doch sind diese verbalen Bekenntnisse vor dem Hintergrund der tatsächlichen Politik sehr zu relativieren.

Bereits bei dem auf staatliche Initiative hin zum Zweck der „zivilgesellschaftlichen Profilierung“ Putins organisierten Bürgerforum im November 2001 wurde deutlich, dass die Vorstellungen darüber, was unter einer reifen bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen und wie diese am Besten zu fördern sei, zwischen der Putin-Administration und den Vertretern der Zivilgesellschaft selbst weit auseinander klapften. Während letzteren an einer Kräftigung und institutionellen Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in den politischen Prozess gelegen war, schien der Präsident mehr an dienstbaren NGOs interessiert zu sein, die für das Projekt eines starken Staates instrumentalisierbar wären. Gleichwohl wurde damals feierlich der beiderseitige Wille zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit beschworen und tatsächlich auch eine Vielzahl von fachspezifischen ständigen Kommissionen und Dialogplattformen geschaffen, in denen Vertreter von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Folgezeit mehr oder weniger erfolgreich konkrete, anstehende Probleme erörterten.

Unterdessen schien die politische Führung das Interesse an der Entwicklung der Zivilgesellschaft jedoch wieder verloren zu haben, weswegen der Vorsitzende der Union der Verbraucherverbände, Alexander Ausan, nach dem zweiten Folgetreffen 2003 beklagte: „Es gibt einige Institute des Zusammenwirkens, aber wir sind

mit ihren Ergebnissen nicht zufrieden. Es gibt bei uns keine grundlegende Übereinkunft über die Regeln des Zusammenwirkens von Regierung, Wirtschaft und Bürgern“. Und sein Kollege Lew Ponomarew (NGO Für Menschenrechte) konstatierte: „2001 dachte man an eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Staat und Zivilgesellschaft, aber in der Realität gibt der Staat den Ton an und diktiert die Spielregeln.“

Diese scheinen allen Lippenbekenntnissen des Präsidenten zum Trotz bisweilen weniger auf eine Förderung als auf die Kontrolle oder, wo eine staatliche Lenkung nicht möglich ist, Behinderung der Arbeit unabhängiger und vor allem regierungskritischer Organisationen abzielen, auch wenn dabei derzeit (noch) nicht (wieder) mit direkten politischen Repressionen, sondern vor allem mit ökonomischem Druck gearbeitet wird. So wurden im Zuge der Steuerreform beispielsweise Spenden ausländischer Stiftungen für russische – gemeinnützige – NGOs steuerpflichtig, russischen Spenden die steuerliche Absetzbarkeit verweigert und entsprechende Geldzuweisungen insgesamt von offizieller Seite *de facto* als unpatriotisch und somit unerwünscht moralisch verunglimpft.

Die Verhaftung Michail Chodorkowskij, des größten russischen Mäzens der entstehenden Zivilgesellschaft in seiner Heimat, traf die NGO-Szene als harter Schlag, nicht nur weil Chodorkowskij Stiftung „Offenes Russland“ die Projekte von derzeit etwa 85 zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen unterstützt, die deswegen neuerdings im übrigen ihrerseits verschärftem Druck durch die Steuerpolizei ausgesetzt sind, sondern weil die Yukos-Affäre, wie Arsenij Roginskij (Memorial) formulierte, „ein Symbol der russischen Zukunft ist, denn ohne eine freie Wirtschaft wird es auch keine Zivilgesellschaft geben“.

Besorgniserregend sind somit weniger einzelne Regulierungsmaßnahmen, als vor allem das allgemein freiheits- und zivilgesellschaftsfeindliche Klima, das gesellschaftliche Initiative nicht begrüßt, sondern erneut unter Generalverdacht stellt und zu kontrollieren versucht – und damit in vielen Fällen abtötet – weswegen sich Kommentatoren zum Teil an die Breschnewzeit erinnert fühlen und junge Menschenrechtler wieder über die Alternative Untergrund oder Emigration nachdenken. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Übergriffe auf den Dritten Sektor mithin als ein Element im Rahmen des Projekts der „gelenkten Demokratie“.

Tabellen und Grafiken zum Text

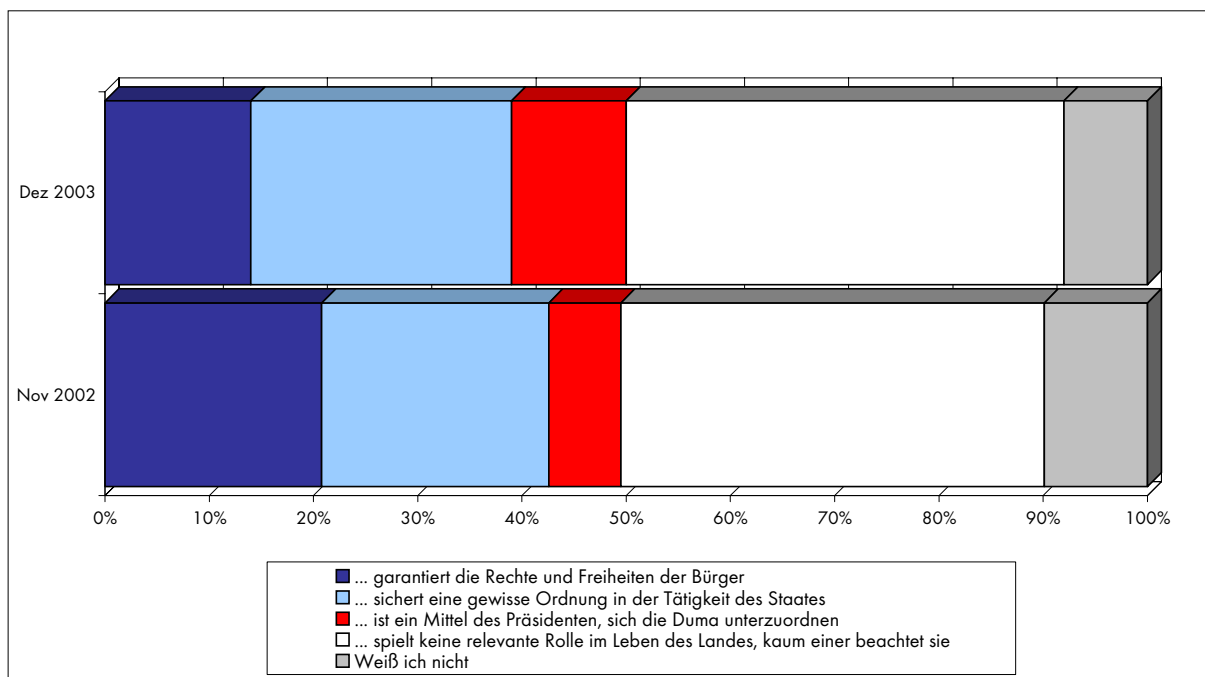
Die russischen Bürger und ihr Staat

Nach: http://www.polit.ru/research/idea/2004/06/07/gudkov_jukos.html

Mit welcher Bewertung der russischen Verfassung von 1993 stimmen Sie am ehesten überein?

Die Verfassung von 1993	Nov 2002	Dez 2003
... garantiert die Rechte und Freiheiten der Bürger	21%	14%
... sichert eine gewisse Ordnung in der Tätigkeit des Staates	22%	25%
... ist ein Mittel des Präsidenten, sich die Duma unterzuordnen	7%	11%
... spielt keine relevante Rolle im Leben des Landes, kaum einer beachtet sie	41%	42%
Weiß ich nicht	10%	8%
	101%	100%

Mit welcher Bewertung der russischen Verfassung von 1993 stimmen Sie am ehesten überein?



Wechselseitige Verpflichtungen von Staat und Bevölkerung?

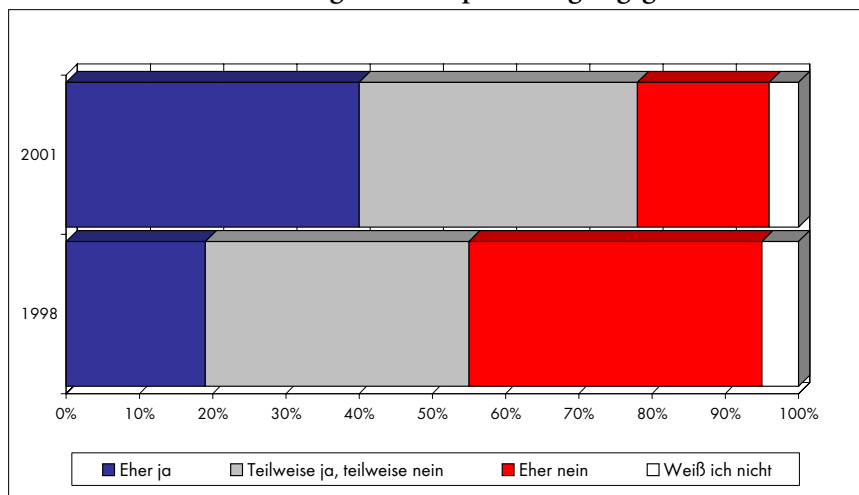
Erfüllen die Bürger ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat?

	1998	2001
Eher ja	19%	40%
Teilweise ja, teilweise nein	36%	38%
Eher nein	40%	18%
Weiß ich nicht	5%	4%
	100%	100%

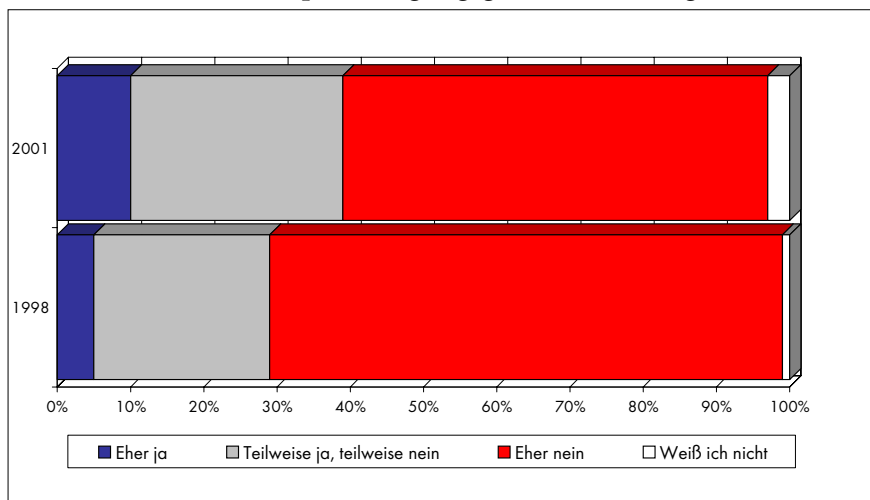
Erfüllt der Staat seine Verpflichtungen gegenüber dem Bürger?

	1998	2001
Eher ja	5%	10%
Teilweise ja, teilweise nein	24%	29%
Eher nein	70%	58%
Weiß ich nicht	1%	3%
	100%	100%

Erfüllen die Bürger ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat?



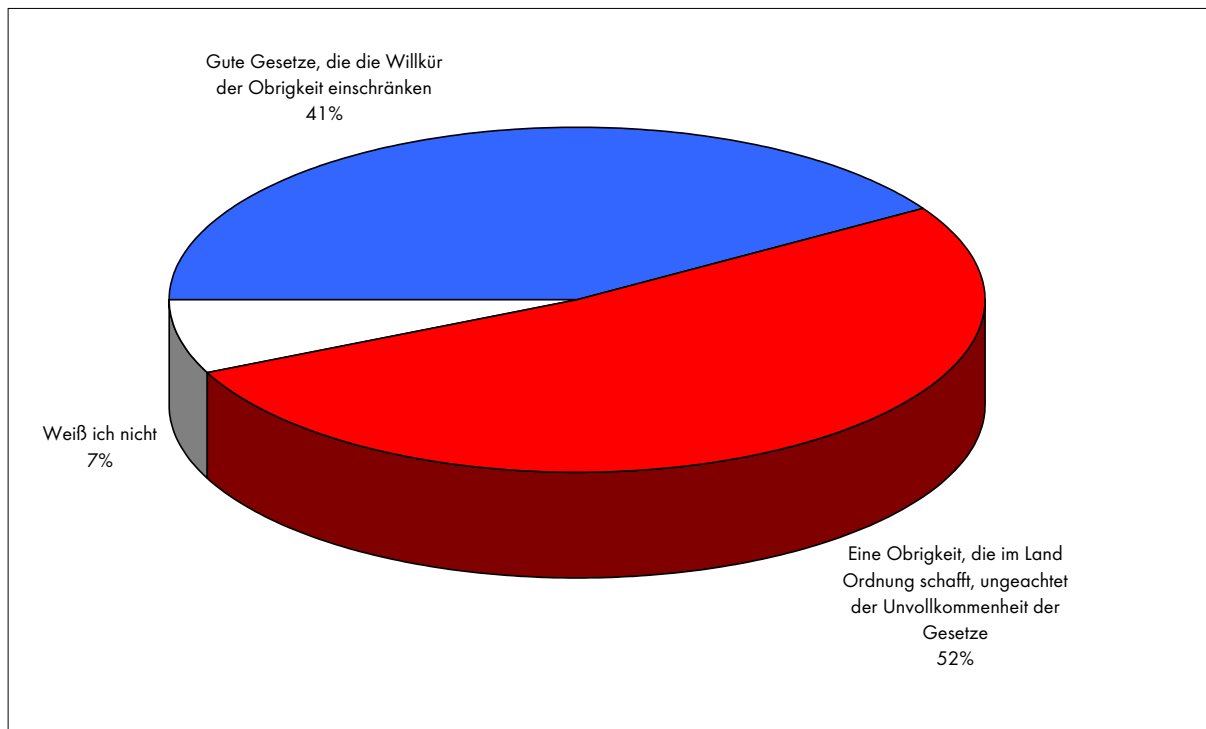
Erfüllt der Staat seine Verpflichtungen gegenüber dem Bürger?



Was ist jetzt wichtiger für unser Land - gute Gesetze, die die Willkür der Obrigkeit einschränken, oder eine Obrigkeit, die im Land Ordnung schafft, ungeachtet der Unvollkommenheit der Gesetze?
(Dezember 2003)

Gute Gesetze, die die Willkür der Obrigkeit einschränken	41%
Eine Obrigkeit, die im Land Ordnung schafft, ungeachtet der Unvollkommenheit der Gesetze	52%
Weiß ich nicht	7%
	100%

Was ist jetzt wichtiger für unser Land - gute Gesetze, die die Willkür der Obrigkeit einschränken, oder eine Obrigkeit, die im Land Ordnung schafft, ungeachtet der Unvollkommenheit der Gesetze?
(Dezember 2003)



Aktuell

Tschetschenien zwischen Wahlmanipulation und Terror

Uwe Halbach, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Von offensichtlichen Terroranschlägen auf zwei Flugzeuge überschattet, gingen am 29. August die erneuten tschetschenischen Präsidentschaftswahlen über die Bühne. Ganz wie im Vorjahr bei der Wahl des durch ein Bombenattentat ermordeten Ahmad Kadyrows wurde auch dieses mal der einzige namhafte Gegenkandidat zum Kreml-Protégé zuvor aus dem Rennen genommen. Die „administrative Ressource“ wurde ausschließlich für den Kreml-Kandidaten Alu Alchanow eingesetzt, eine intensive PR-Kampagne für ihn betrieben. Damit setzte Präsident Putin eine Politik fort, die seit zwei Jahren unter dem Stichwort *Tschetschenisierung* propagiert wird. Die Verantwortung für die „Normalisierung und Befriedung“ der Situation in dem weitgehend zerstörten und unfriedlichen Tschetschenien und die Bekämpfung des „restlichen Widerstands“ soll in tschetschenische Hände gelegt werden. Allerdings unter einer nach wie vor massiven russischen Militärpräsenz. Tschetschenien hat weltweit eine der dichtesten Konzentrationen an Militär und Milizen. In der undurchsichtigen Gemengelage diverser Gewaltakteure fällt der Zivilbevölkerung die Zuordnung der permanent erlebten Gewalt an russische und tschetschenische Adressen, an Geheimdienst-, Militär- und Milizstellen, an „Ordnungsmacht“ oder „Rebellenlager“ zunehmend schwer.

Die „Tschetschenisierungspolitik“ setzt ganz und gar auf bestimmte Gewährsleute. Die Einseitigkeit dieses Vorgehens stieß auch in Teilen der Kremlelite auf Unbehagen. Zunächst war dieser Gewährsmann Ahmad Kadyrow. Der ehemalige Mufti der Republik, der im ersten Tschetschenienkrieg noch gegen Russland gekämpft, sich Ende 1999 aber von den Separatisten um Präsident Maschadow in tiefer Feindschaft getrennt hatte, war seit Sommer 2000 der Verwaltungsleiter in Grosny. Im Herbst 2002 – Moskau hatte gerade die Geiseltragödie im Musical-Theater an der Dubrowka mit 170 Todesopfern erlebt – begann der Kreml mit der Inszenierung des Stücks „Legitimierung des Staatshalters durch seine Wahl zum Präsidenten“. Es bestand aus drei Akten: 1. Verfassungsreferendum am 23. März 2003, 2. Werbekampagne für das zu installierende Präsidentschaftsregime (Werbemittel: Autonomieplan für Tschetschenien, Amnestie u.a.) 3. Präsidentschaftswahlen am 5. Oktober 2003. In dem Referendum traf die Bevölkerung Tschetscheniens laut russischer Darstellung „mit überwältigender Mehrheit“ ihr Votum für die „Zugehörigkeit ihrer Heimat zur Russischen Föderation“, die „politische Lösung des Konflikts“ und den

Aufbau eigener Institutionen sowie die „Beendigung terroristischer Gewalt“. Hauptzweck der von Beobachtern als „Farce“ bezeichneten Veranstaltung: definitive Delegitimierung des bewaffneten Konfliktgegners, des „Rebellenlagers“ mit seinen separatistischen und islamistischen Segmenten.

Bis heute lehnt Russland jede Verhandlung mit den Konfliktgegnern ab. Damals kommentierte ein Europarats-Delegierter diese Handlungslogik mit den Worten, Moskau sei unfähig zur Einsicht, „dass man Frieden mit seinen Gegnern und nicht mit seinen Vasallen schließt“. Die Vasallen mauserten sich derweil zu einer eigenständigen lokalen Machtgruppe. Das Kadyrow-Regime etablierte sich mit eigenen Gewaltapparaten, auf die die russischen Vertreter der bewaffneten Ordnungsmacht, die „Silowiki“, mit wachsendem Misstrauen schauten. Etliche Gegner aus dem Rebellenlager liefen in die vom Präsidentensohn Ramzan geführte bewaffnete Gefolgschaft des Kadyrow-Klans über. Ein Sicherheitsgarant für die lokale Bevölkerung war dieser Apparat ebenso wenig wie die russischen Truppen. Im Gegenteil: Seine „Säuberungsaktionen“ wurden bald mehr gefürchtet als der Terror russischer Soldaten gegen die Zivilbevölkerung. Das Regime entwickelte eigene politische und wirtschaftliche Interessen, die in Teilen des Kreml erhebliches Misstrauen hervorriefen. Mit der Ermordung Ahmad Kadyrows im Mai 2004 schien die Strategie der Tschetschenisierung zunächst gescheitert zu sein. In militärischen Kreisen Russlands dachte man bereits über eine „Jermolow-Variante“ nach, über direkte russische Militärherrschaft in Tschetschenien in der Art zaristischer Kaukasuspolitik des 19. Jahrhunderts. Präsident Putin hielt jedoch an der „Tschetschenisierung“ fest. Sein Kandidat war diesmal der Innenminister Alu Alchanow (47), der seine gesamte Berufslaufbahn im Polizeiapparat verbracht und – im Unterschied zu Ahmad Kadyrow – stets auf der pro-russischen Seite in Tschetschenien gestanden hatte. Er fungiert als Gewährsmann des Kreml und Repräsentant des Kadyrow-Klans – und zwischen diesen beiden Funktion kann noch erhebliche Spannung aufkommen. Zudem ist der bewaffnete Gegner, so geschrumpft seine Reihen auch sein mögen, immer noch in der Lage, ein Ausmaß an Gewalt gegen das Kadyrow-Regime und seine russischen Protektoren zu organisieren, das über Tschetschenien hinausgreift, Nachbarrepubliken wie Inguschetien und Dagestan in Mitleidenschaft zieht und in Russland die Perzeption allgegenwärtiger Terrorgefahr aufrechterhält.

Chronik: Terroranschläge in Russland 1995–2004

Bombenanschläge und Geiselnahmen sind in Russland seit Mitte der neunziger Jahren zu einem fast alltäglichen Phänomen geworden. Manche Attentate haben einen kriminellen oder fremdenfeindlichen Hintergrund, doch die Mehrzahl der Anschläge steht im Zusammenhang mit den Kriegen in Tschetschenien. Nachdem die russischen Truppen Tschetschenien 1999 und 2000 besetzt und den militärischen Widerstand gebrochen haben, sind die Guerillas zu terroristischen Aktionen übergegangen. Ihre Anschläge richten sich nicht nur gegen die föderalen Ordnungskräfte sondern zunehmend auch gegen Zivilpersonen. Die Geiselnahme in Moskau, die Attentate auf Pendlerzüge im Nordkaukasus, auf das Rockkonzert in Tuschino und in der Moskauer Metro finden in den jüngsten Anschlägen ihre logische Fortsetzung. In der folgenden Chronik sind nur einige der spektakulärsten Terroraktionen der letzten Jahre aufgeführt. Eine umfassendere, wenngleich nicht vollständige, Liste, die auch Anschläge mit kriminell und fremdenfeindlichen Hintergrund nennt, finden Sie auf der Website www.russlandanalysen.de in der Kategorie „Politische Chronik“.

14.6.1995	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Basajew besetzen Teile des Orts Budjonnowsk, Region Stawropol, und nehmen ca. 1.000 Geiseln.
18.6.1995	Nach dem gescheiterten Versuch, die Geiseln mit Gewalt zu befreien, beginnt Tschernomyrdin Verhandlungen. Die Guerillas erhalten gegen Freigabe der Geiseln freien Abzug, einen Waffenstillstand in Tschetschenien und das Versprechen, Friedensverhandlungen zu beginnen.
9.1.1996	Tschetschenische Guerillakämpfer besetzen die Ortschaften Kisljar und Perwomajsk und nehmen Geiseln. Beim Angriff russischer Kräfte auf Perwomajsk stirbt ein großer Teil der Geiseln. Die Guerillakämpfer können sich in der Mehrzahl absetzen.
7.8.1999	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Führung von Basajew und Chattab besetzen mehrere Dörfer in Dagestan. Russland entsendet gegen diese Gruppe Streitkräfte. Unter Einsatz von ca. 15.000 Mann können die Dörfer am 25.8. frei gekämpft werden.
5.9.1999	21.45 Uhr. Bombenattentat auf eine Wohnanlage der russischen Streitkräfte in Bujnaxsk (Dagestan). 22 Tote und 88 Verletzte. Gleichzeitig besetzen tschetschenische Guerillakämpfer wieder Dörfer in Dagestan.
8.9.1999	23.58 Uhr. Bombenattentat auf ein Wohnhaus in Moskau (ul. Gurjanowa, d. 19). 95 Tote, mehr als 300 Verletzte. Es wird ein Zusammenhang mit den Kampfhandlungen in Dagestan vermutet.
13.9.1999	Ein weiteres Attentat auf ein Wohnhaus in Moskau (Kaschirskoe schosse) mit 121 Toten. Jelzin wendet sich in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung und kündigt zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen an.
16.9.1999	Sprengstoffanschlag auf ein Wohnhaus in Wolgodonsk (Gebiet Rostow) 17 Tote, ca. 200 Verletzte.
23.9.1999	Auf Hinweise von Anwohnern entdeckt die Miliz in einem zwölfstöckigen Haus in Rjasan eine Bombe. FSB-Chef Patruschew erklärt am 24.9., die Bombe in Rjasan sei ein „Dummy“ und vom FSB selbst im Rahmen eines Sicherheitstrainings gelegt worden. Im März 2000 wird dieser Vorgang von einigen Medien so interpretiert, dass der FSB selbst Urheber der Bombenattentate gewesen sei. In Rjasan sei der FSB aber an der Wachsamkeit der Hausbewohner gescheitert und habe dann eine Übung vorgeschoben.
31.5.2000	Bei einem Bombenanschlag auf eine militärische Einrichtung in Wolgograd sterben zwei Soldaten, 15 werden verletzt.
9.7.2000	Bei einem Bombenanschlag auf einem Markt in Wladikawkas (Nordossetien) werden sechs Personen getötet und 18 verletzt. Der Anschlag ist nach russischen Angaben ein Versuch, Nordossetien zu destabilisieren.
11.8.2000	Nach russischen Meldungen wird ein Bombenanschlag auf Kadyrow, den Vorsitzenden der provisorischen Verwaltung in Tschetschenien, verhindert, als sein Sicherheitsdienst eine Mine mit Fernzünder, die auf seinem Fahrtweg platziert war, findet und entschärft.
24.3.2001	10.01. Explosion einer Autobombe auf dem Zentralen Markt von Mineralnye Wody. 22 Menschen werden getötet, mindestens 80 verletzt. 10.05 Explosion einer Autobombe in Adyge-Chabl (Karatschajewo-Tscherkessien). 2 Polizeibeamte werden getötet. 10.26 Bei der Explosion einer Autobombe in der Stadt Jessentuki (Gebiet Stawropol) werden mindestens 20 Menschen verletzt.
28.4.2002	Bei einer Bombenexplosion auf dem Marktplatz von Wladikawkaz (Nordossetien) werden 9 Personen getötet und 36 verletzt.

9.5.2002	Bei einem Bombenattentat während der Militärparade zum Tag des Sieges werden in Kaspijsk (Dagestan) mindestens 32 Personen getötet und mehr als 150 verletzt.
23.10. – 26.10.2002	Eine Gruppe von 41 tschetschenischen Freischärlern – 22 Männer und 19 Frauen – unter Führung von Mowsar Barajew besetzt um 21.00 abends das Theaterzentrum an der Dubrowka in Moskau, in dem das Musical „Nord-Ost“ gespielt wird. Die Angreifer nehmen Schauspieler und Zuschauer, insgesamt etwa 700 Personen, als Geiseln und fordern den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Am frühen Morgen des 26.10. dringen russische Spezialkräfte unter Einsatz von Betäubungsgas in das Theater ein, töten die tschetschenischen Geiselnnehmer und befreien die Gefangenen. 5 der Geiseln sterben durch Schussverletzungen, die Mehrheit erleidet Gasvergiftungen, an der in der Folge 123 Personen sterben.
27.12.2002	Bei einem Selbstmordattentat auf das Gebäude der russlandfreundlichen tschetschenischen Regierung in Grosny werden 80 Personen getötet und 152 verletzt. Die Attentäter hatten zwei mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge vor dem Gebäude zur Explosion gebracht.
12.5.2003	In Znamenskoe (Nordtschetschenien) wird ein mit Sprengstoff beladener KamAZ-LKW vor einem Verwaltungsgebäude zur Explosion gebracht. Dabei werden wenigsten 41 Personen getötet, 110 weitere verletzt.
14.5.2003	Während einer muslimischen Feier in Ilischan-Jurt (Südwesttschetschenien) sterben wenigstens 20 Personen, als eine Selbstmordattentäterin eine Bombe zur Explosion bringt.
5.6.2003	Eine Frau verübt ein Selbstmordattentat auf einen Bus, der russisches Personal von Mosdok (Nordossetien) zu dem Militärflugplatz Prochladnyj bringt. 16 Personen werden getötet, weitere 12 verletzt.
5.7.2003	Bei einem Selbstmordattentat auf ein Rockfestival am Flughafen Tuschino in Moskau werden 16 Personen getötet, darunter die beiden Täterinnen. Über 50 Personen werden mit Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Eine der beiden Attentäterinnen wird anhand aufgefundener Papiere als Tschetschenin identifiziert.
1.8.2003	Ein Selbstmordattentäter durchbricht mit einem LKW die Absperrungen vor dem Militärhospital in Mosdok (Nordossetien) und bringt 1 t Sprengstoff zur Explosion. Über 50 Personen werden getötet, mehr als 100 verletzt. In Mosdok ist der Stab stationiert, der den russischen Einsatz in Tschetschenien leitet.
3.9.2003	Bei einem Bombenanschlag auf einen Pendlerzug in der Nähe von Kislowodsk (Region Stawropol) werden 4 Personen getötet und 79 verletzt.
15.9.2003	Das Gebäude des Inlandsgeheimdienstes FSB in Magas (Inguschetien) wird durch eine Autobombe zerstört. 5 Personen werden getötet, über 20 verletzt. Zu den Verwundeten gehört Michail Safonow, der FSB-Verantwortliche für Tschetschenien.
5.12.2003	Selbstmordattentäter bringen im Vorortzug Kislowodsk-Mineralnye Wody eine Bombe zur Explosion. 42 Personen werden getötet, über 150 verletzt.
9.12.2003	Bei einem Selbstmordattentat vor dem Hotel „National“ in Moskau werden 6 Personen getötet und 13 verletzt.
6.2.2004	Im morgendlichen Berufsverkehr explodiert in der Moskauer U-Bahn zwischen den Stationen „Awtosawodskaja“ und „Paweleskaja“ eine Bombe. Etwa 50 Personen werden getötet, über 120 verletzt. Es wird vermutet, dass es sich um ein tschetschenisches Selbstmordattentat handelt.
6.4.2004	Generalmajor Alexander Studenikin, Befehlshaber der russischen Truppen im Transkaukasus, wird in Tbilisi vor seinem Wohnhaus durch die Explosion einer ferngezündeten Bombe verletzt.
22.6.2004	Etwa 200 Guerillakämpfer greifen in einer koordinierten Aktion die Stadt Nasran sowie die Ortschaften Karabulak und Slepzowskaja (alle in Inguschetien) an. Zu den Zielen gehören das inguschetische Innenministerium, Polizeiposten und Kasernen. Bei dem Angriff werden nach Angaben russischer Stellen 98 Personen getötet und 104 verwundet. Unter den Toten sind etwa 70 Angehörige der föderalen und inguschetischen Sicherheitskräfte, u.a. der inguschische Innenminister, sein Stellvertreter und zwei Staatsanwälte.
25.8.2004	Zwei Passagierflugzeuge, die in Moskau Domodedowo im Abstand von 20 Minuten gestartet sind - eine Tu-134 auf dem Weg nach Wolgograd und eine Tu-154 unterwegs nach Sotschi -, stürzen nahezu zeitgleich ab. Alle 89 Insassen werden getötet. Die Ermittlungen von Inlandsgeheimdienst FSB und Generalstaatsanwaltschaft ergeben, dass es sich in beiden Fällen um einen Anschlag handelt.
31.8.2004	Bei einem Selbstmordattentat werden in Moskau 10 Menschen getötet und Dutzende verletzt.
1.9.2004	Guerillakämpfer besetzen eine Schule in Beslan (Nordossetien) und nehmen mehrere hundert Geiseln. Bei Feuergefechten mit der Polizei sterben mehrere Menschen.

Zusammengestellt von: Hans-Henning Schröder, Bremen

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de